

Presseerklärung

Deutscher Richterbund - NRW - fordert heute im Landtag Einhaltung der Wahlversprechen für die Justiz ein.

Der Deutsche Richterbund NRW wird heute um 12:00 Uhr Landtagspräsidentin Regina van Dinther symbolisch rd. 700 rote Karten übergeben. Mit dieser Aktion wendet sich der Deutsche Richterbund gegen die beabsichtigte Streichung von 1000 Stellen in der Justiz in den Jahren 2008 und 2009 und fordert Besoldungsverbesserungen ein. Die roten Karten sind von den Richtern und Staatsanwälten des Landes auf der mit rd. 1.300 Teilnehmern größten Richterdemonstration der deutschen Nachkriegsgeschichte vom 11. Oktober 2007 in Düsseldorf ausgefüllt worden. In der Sache fordern die Richter und Staatsanwälte des Landes NRW

- die Einhaltung der Wahlversprechen und damit die sofortige Beendigung des Stellenabbau in der Justiz: **Noch auf ihrem Parteitag vom März 2005 hat die CDU für den Fall des Wahlsiegs versprochen, den Abbau von Richter- und Staatsanwaltsstellen sofort zu stoppen und für eine angemessene Personalausstattung im Unterstützungs bereich zu sorgen;**
- **die Einstellung der fehlenden 500 Richter und 200 Staatsanwälte:** Diese Zahlen sind von der Landesregierung als Personalbedarf selbst berechnet worden;
- **sofortige und nachhaltige Besoldungsverbesserungen:** Wenn die Absicht umgesetzt wird, die Besoldung erst zum Juli 2008 um 2,9 % zu erhöhen, dann wird gleichwohl jeder Richter, Staatsanwalt und Beamte des Landes im Jahr 2008 wegen der weiter bestehende Besoldungskürzungen weniger verdienen als noch im Jahr 2004. Bei der derzeitigen Inflation kommt niemand mehr mit seinem Gehalt aus dem Jahr 2003 aus.

Der Vorsitzende des DRB – NRW – VPrLG Jens Gnisa hierzu:

„Wie erwarten von der Politik, dass sie glaubwürdig bleibt. Dies ist nur dann möglich, wenn sie ihre Wahlversprechen gegenüber der Justiz einhält. Es geht auch nicht an, dass sich die Landtagsabgeordneten ihre Diäten allein zweimal im Jahr 2007 erhöhen und dann den Beamten gesagt wird, für euch ist kein Geld mehr da. Dies wäre ein klarer Rechtsbruch, da sich auch die Besoldung – ebenso wie die Diäten - an der Inflation auszurichten hat. So etwas darf sich ein Rechtsstaat nicht leisten.“

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: VPrLG Jens Gnisa: 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.850 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.

Verantwortlich im Sinn des § 8 PresseG (NW) : Jens Gnisa, Vorsitzender, Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Telefon 02381/29814 – Telefax 02381/22568 E-Mail info@drb-nrw.de Internet www.drb-nrw.de